



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. **Andreas Fabisch**

Dienstag, 25. Februar 2014

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 27. Februar 2014

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: Errichtung einer Anlaufstelle zur individuellen finanziellen Unterstützung für Schulveranstaltungen

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Nicht alle Schüler und Schülerinnen, die an den geplanten oder bereits stattgefundenen Skikursen ihrer Schulen nicht teilgenommen haben, haben gerne darauf verzichtet.

Leider sind finanzielle Gründe sehr oft die wahre Ursache ihrer Entscheidung bzw. die ihrer Eltern. Vielen Erziehungsberechtigten fällt es eben nicht leicht, im Bedarfsfall an der Schule selbst um Unterstützung anzusuchen und daher melden sie ihre Kinder gar nicht erst zur Schulveranstaltung an.

Eine neutrale Anlaufstelle der Stadt Graz, wo Erziehungsberechtigten (gegen Vorlage eines Einkommensnachweises) rasch und unbürokratisch geholfen werden kann, würde helfen, dieses Problem deutlich zu reduzieren.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, sich für diese im Motivenbericht genannte Anlaufstelle einzusetzen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat **Manfred Eber**

Dienstag, 25. Februar 2014

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 27. Februar 2014

An Herrn Stadtrat Mag. Mario Eustacchio

Betrifft: **Busparkplatz Marburger Kai**

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Vor nahezu exakt einem Jahr wurde das Siegerprojekt für den neu zu gestaltenden Andreas-Hofer-Platz präsentiert. Damit verbunden wurde seinerzeit auch die Verlegung des Busbahnhofs vom Andreas-Hofer-Platz zum Marburger Kai. Dies führte zu einigen Bedenken, Kritik und auch Unverständnis. Bemängelt wurden u. a. – auch unsererseits – die mangelnden infrastrukturellen Voraussetzungen (WC, Warteräumlichkeiten, Informationsbereich), der Entfall von Parkplätzen, die erschwerte Verkehrssituation und die Belastung für die BewohnerInnen und BenützerInnen des Hauses Marburger Kai 47 (mit rund 30 BewohnerInnen und acht Büros).

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Wie ist der aktuelle Stand der Planungen für den zu verlegenden Busbahnhof am Andreas-Hofer-Platz?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.^a Uli Taberhofer

Dienstag, 25. Februar 2014

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 27. Februar 2014

An Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Benennung des Generationenparks in der Rankengasse nach Anna Cadia**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Anlässlich des 75. Jahrestages der Februarkämpfe stellte ich im Februar 2009 den Antrag, eine Straße oder einen Platz nach Anna Cadia zu benennen, einer mutigen Frau, die sich im Februar 1934 aktiv für die Demokratie und die Abwehr des Austrofaschismus eingesetzt hat. In der Beantwortung meines Antrages vom 23. 9. 2009 versprochen Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, den Benennungsvorschlag nach Anna Cadia in Evidenz zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, dass das Stadtvermessungsamt die entsprechenden Verfahrensschritte einleiten würde, sobald eine geeignete Verkehrsfläche zur Benennung anstehen würde.

Zur Person:

Anna Cadia wurde am 18. Dezember 1903 als Kind einer Grazer Arbeiterfamilie geboren.

Da 1909 ihr Vater starb, musste Anna Cadia bereits sehr früh mithelfen, die Familie (Mutter, 5 Geschwister) zu ernähren. Sie ging für zweieinhalb Jahre zu einer Bauernfamilie in Dienst und leistete sehr schwere körperliche Arbeit. Ihr weiterer Weg führte sie über Hilfsdienste in einer Grazer Brikettfabrik und beim Zeitungsaustragen zu einer Anstellung in einer Schuhcremefabrik. Dann konnte sie als Hausgehilfin bei einer bürgerlichen Familie unterkommen. Dort wurde ihr Talent, mit Kindern umzugehen, erkannt und auf Vorschlag des Frauenreferats der Sozialdemokratischen Partei besuchte sie ein Jahr lang die neugegründete Hebammen-Fürsorgerinnen-Schule in Graz.

1925 zog Anna Cadia nach Leoben und war als Fürsorgerin für das obere Donawitz und Sankt Peter/Freienstein zuständig. Etwa 10.000 Familien lebten in ihrem Einzugsbereich, um die sie sich kümmern musste, um schwangere Frauen, Säuglinge, Tuberkulosekranke, Alkoholiker, Jugendliche – eben um alle. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung war zu dieser Zeit arbeitslos, das Elend unvorstellbar. Anna Cadia war für ihre sozialen Haltungen und ihr politisches Engagement bekannt. Sie arbeitete auch aktiv in der Illegalität mit und verteilte Geldspenden der „Roten Hilfe“. Im Februar 1934 wurde sie als Fürsorgerin entlassen und lernte erneut die Arbeitslosigkeit kennen. Im August 1934 nahm sie am Antifaschistischen Kongress in Prag teil und wurde unter dem Verdacht der Untergrundtätigkeit im Oktober verhaftet. Sie kam zwar nach fünf Wochen Haft frei, wurde aber bereits am 20. Mai 1940 erneut verhaftet. Die Verhandlung fand erst am 21. Juni 1941 statt. Das Urteil lautete zweieinhalb Jahre wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Im Jänner 1943 wurde Anna Cadia in das KZ Ravensbrück überstellt. Am 30. April 1945 wurden 10.000 Frauen auf einen Todesmarsch aus dem Lager gegen Osten getrieben. Anna Cadia gelang die Flucht.

Als Anna Cadia Mitte 1945 wieder nach Graz zurückkehrte, arbeitete sie vorübergehend im Kulturamt der Landesregierung und übernahm dann die Leitung des Grazer Kinderheims, um dann weitere 15 Jahre als Mitarbeiterin der Zentralfürsorgestelle in Graz zu arbeiten. Mit 61 Jahren trat Anna Cadia in den wohlverdienten Ruhestand. Sie starb im Mai 2001 und beendete damit ein aktives, von sozialem Engagement geprägtes Leben.

Im Juni 2012 wurde der Generationenpark in der Rankengasse eröffnet. Die dort installierten speziellen Turngeräte bieten Personen aller Altersgruppen die Möglichkeit, sich gesund und fit zu halten. Ich nahm die Eröffnung des Generationenparks zum Anlass, um im Juli 2012 im Rahmen eines Antrags hier im Gemeinderat den Vorschlag zu machen, die Gelegenheit zu nutzen, um den bislang namenlosen Park nach der Widerstandskämpferin Anna Cadia zu benennen. Der Antrag ist bis heute unbeantwortet geblieben. Auch nachfolgende Initiativen in dieser Angelegenheit, unter anderem ein einstimmiger Antrag des Bezirksrats Gries, haben nicht zur vorgeschlagenen Namensgebung geführt.

Ich nehme den vor kurzem begangenen 80. Jahrestag der Februarkämpfe zum Anlass und richte namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, daher folgende

Frage:

Sind Sie bereit, das Gedenken an den Bürgerkrieg vor 80 Jahren zum Anlass zu nehmen und nunmehr die notwendigen Schritte einzuleiten, damit der Generationenpark in der Rankengasse nach Anna Cadia benannt wird?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Martina Thomüller

Dienstag, 25. Februar 2014

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 27. Februar 2014

An Herrn Stadtrat Mag. Mario Eustacchio

Betrifft: **Vergiftete Köder im öffentlichen Raum**

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

In der jüngeren Vergangenheit wurden auf Gehwegen und in Parkanlagen vermehrt vergiftete oder mit Nägeln, Scherben und dgl. versetzte Köder aufgefunden. Dahinter steckt ganz offensichtlich die Absicht, Tiere, vor allem Hunde, die diese Köder auffinden, zu töten. Die Hunde erleiden schwere Vergiftungserscheinungen bis hin zum qualvollen Tod.

Aber auch für die Gesundheit von Kleinkindern, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, können diese Köder eine ernsthafte Gefahr darstellen.

Personen, die versuchen, in solchen Fällen Anzeige zu erstatten, müssen immer wieder erleben, dass die Vorkommnisse nicht ernsthaft verfolgt werden. Sie wissen nicht, wohin sie sich mit ihren Sorgen wenden können.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Was tun Sie bzw. werden Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, in Ihrer Verantwortung für Sicherheitsmanagement und Tiergesundheit unternehmen, um Fälle von ausgelegten vergifteten oder sonstigen gefährlichen Ködern aufzuklären bzw. in Zukunft derartige Vorkommnisse zu vermeiden?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat **Christian Sikora**

Donnerstag, 27. Februar 2014

Anfrage

an Herrn Bürgermeister Mag. **Siegfried Nagl**

Betrifft: **S-Bahn attraktivieren!**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Um die Menschen zum Umsteigen auf die S-Bahn zu bewegen, bräuchte es ein ganzes Bündel von Maßnahmen – und da vor allem bei den S-Bahn-Haltestellen im Großraum Graz.

Im Umfeld vieler Haltestellen fehlt grundlegende Infrastruktur, wie etwa Fahrschein-Automaten, Rad-Abstellboxen, P&R-Plätze und sogar S-Bahn-Hinweisschilder. Man muss entweder ortskundig sein oder sich auf sein Glück verlassen, um eine Haltestelle zu entdecken. Auch die Anbindung an das Netz der Graz-Linien lässt teilweise sehr zu wünschen übrig.

An manchen Haltestellen der S-Bahn selbst gibt es nicht einmal wasserdichte Unterstände. Schließlich mangelt es an einer einheitlichen, modernen und attraktiven Gestaltung mit digitalen Fahrplänen.

Deshalb stelle ich nun an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dazu bereit, sich dafür einzusetzen, dass in Kooperation der zuständigen Stellen der Stadt Graz und des Landes Steiermark mit den betroffenen TeilnehmerInnen des Verkehrsverbundes konkrete Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt werden, um Erreichbarkeit, Attraktivität und Service der S-Bahn im Großraum Graz entscheidend zu verbessern?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. **Andreas Fabisch**

Donnerstag, 27. Februar 2014

Antrag

Betrifft: **Elisabethstraße: Fußgängerübergang zwischen Studentenheim und SPAR-Filiale**

In der oberen Elisabethstraße sind heikle Situationen an der Tagesordnung: Zwar zählen die Studierenden des Heims gegenüber zu wichtigen Kunden des Supermarkts, jedoch besteht für sie keine Möglichkeit, kontrolliert die Straßenseite zu wechseln, da es an dieser Stelle keinen ausgewiesenen Fußgängerübergang gibt.

Eine rasche Behebung dieses Mangels wäre sowohl im Interesse der BewohnerInnen des Studierendenheims, als auch der AutofahrerInnen.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

Antrag

Die Stadt Graz weist die betreffenden Stellen an, rasch an besagter Stelle einen Fußgängerübergang zu installieren.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. **Andreas Fabisch**

Donnerstag, 27. Februar 2014

Antrag

Betrifft: **Errichtung einer Bushaltestelle beim neuerrichteten SMZ Liebenau und der Pfarre St. Paul in Liebenau**

Durch die Verlegung des Sozialmedizinischen Zentrums in Liebenau (Liebenauer Hauptstr. 141) ist die Anbindung an den öffentlichen Verkehr für diese Einrichtung vorerst unterbrochen. Gemeinsam mit dem benachbarten Pfarrverband Liebenau werden beide Zentren wöchentlich von über 1000 Menschen besucht, viele davon sind älter bzw. gehbehindert.

Die Errichtung einer Bushaltestelle (evtl. Linie 74) in beiden Richtungen entlang der Liebenauer Hauptstraße – stadtauswärts z. B. bei der Fußgängerampel zur Pfarre, stadteinwärts vor dem Haus des SMZ - wäre dringend notwendig.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

Antrag

Die Stadt Graz möge mit den betreffenden Stellen für die Errichtung von Bushaltestellen im Sinne des Motivenberichts sorgen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin **Elke Heinrichs**

Donnerstag, 27. Februar 2014

Antrag

Betrifft: Stark verschmutzte Haltestellen

An den Grazer Autobus- und Straßenbahnhaltestellen ist eine deutliche Verwahrlosung sowohl der überdachten Haltestellenbereiche als auch der teilweise gegebenen Grünstreifen unübersehbar. Einerseits fällt auf, dass die Schutzwände der Wartehäuschen nur notdürftig gereinigt werden (können). Andererseits stechen ein Allerhand an Abfall, ja sogar grausiger Unrat, ins Auge! Ganz offensichtlich erfolgen die Runden zur Straßenreinigung nicht häufig genug.

Es wäre wohl im Sinne der Grazer Bevölkerung, mit Sicherheit aber auch dem Geschmack der Besucher/innen unserer Stadt entsprechend, wenn mehr Personal für häufigere Reinigungsrunden zur Verfügung stünde, um wirklich ein sauberes Stadtbild garantieren zu können.

Gerade die Stadt Graz wäre gefordert, angesichts steigender Arbeitslosenzahlen mit gutem Beispiel voranzugehen und ihre Tochterunternehmen mit genügend Personal ausstatten, damit diese ihren Aufgaben im öffentlichen Raum gut nachkommen können. Ich darf in dem Zusammenhang auf Förderprogramme – beispielsweise in Gemeinden Tirols – hinweisen, welche schwer vermittelbaren Personen für die Dauer von mindestens einem Jahr Anstellung verschaffen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz treten an die Holding Graz heran, um eine gründlichere und regelmäßige Reinigung der Haltestellenbereiche zu erwirken. Dabei wird der erforderliche Personalbedarf ermittelt und gegebenenfalls eine Personalaufstockung, eventuell unter Einsatz spezieller Förderprogramme für schwer vermittelbare Personen, vorgenommen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat **Christian Sikora**

Donnerstag, 27. Februar 2014

Antrag

Betrifft: **Öffi-Nulltarif für Hunde**

Größere Hunde sind in Graz Schwarzfahrer, wenn man für sie keinen Fahrschein gelöst hat. Was nicht als Schoßhund gilt, wird ohne Ticket bestraft.

Die absurden Diskussionen, was gerade noch als Schoßhund durchgeht und was nicht, würden sich mit einem generellen Nulltarif für Vierbeiner erübrigen. Die Holding wird ja wohl nicht auf den Hund gekommen und auf die Einnahmen aus Hunde-Fahrschein – Fahrschein zum halben Preis – angewiesen sein. Auch aus verwaltungstechnischen Gründen wäre ein genereller Nulltarif für Hunde eine Vereinfachung für alle Beteiligten.

In Wien etwa fahren alle Hunde (egal welche Größe) frei, wenn ihre Besitzer eine Jahreskarte haben. In München kann man sie sogar generell gratis mitnehmen!

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

Antrag

Der dafür zuständige Stadtsenatsreferent wird beauftragt, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass ein genereller Null-Tarif für Hunde eingeführt wird.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 27. Februar 2014

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Keine Lizenzvergaben für das „Kleine Glücksspiel“ durch das Land Steiermark

Offizielle Zahlen des Landes Steiermark sprechen von 60.000 bis 80.000 direkt und indirekt von der Spielsucht Betroffenen. Strikte Kontrollen der gesetzlichen Regelungen, die die Profitmacherei damit einschränken, sind das Mindeste, was die öffentliche Hand machen kann.

Vonseiten des Landes Steiermark ist nun geplant, ab 1. Jänner 2016 die Kontrolle der neuen Automaten den Bezirksverwaltungsbehörden zu übertragen – gleichzeitig werden die an die Kommunen zu leistenden Abgaben durch die Novelle des Glücksspielgesetzes zur Gänze wegfallen.

Da weder zusätzliche finanzielle Mittel bzw. eine Personalaufstockung in Aussicht gestellt werden, sind die Kosten für die Kontrollen unmittelbar von der Stadt Graz als Bezirksverwaltungsbehörde zu tragen. Der Verwaltungsaufwand wäre enorm und eine wirkliche Kontrolle der gesetzlichen Bestimmungen massiv erschwert.

Die einfachste Lösung – im Sinne sowohl der von Spielsucht betroffenen als auch der eingegengten finanziellen Spielräume der Kommunen – wäre, keine neuen Lizenzen zu vergeben, wie das in Wien, Vorarlberg, Salzburg und Tirol gemacht wird.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Landtag wird aufgefordert, auf die Vergabe von Lizenzen für Glücksspielautomaten in der Steiermark zu verzichten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat **Robert Krotzer**

Donnerstag, 27. Februar 2014

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Unterstützt durch die  **piratenpartei**

Betrifft: Abhaltung einer Enquete über Modelle und Möglichkeiten zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs.

Alle Parteien bekennen sich zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Es scheitert nur am lieben Geld. Zwar gibt es weitgehend parteienübergreifende Einigkeit bei den mittel- und langfristigen Ausbauplänen für den öffentlichen Verkehr in Graz, bei den Modellen und Möglichkeiten zu deren Finanzierung gehen die Meinungen aber auseinander. Um den daraus resultierenden Stillstand zu überwinden, wäre es wichtig, die unterschiedlichen Konzepte auf dem Tisch zu haben und eingehend darüber zu diskutieren.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Bürgermeister der Stadt Graz wird damit beauftragt, bis Jahresende eine Enquete einzuberufen, zu der folgende Vortragende eingeladen werden:

- je ein/e ExpertIn, der/die von den im Gemeinderat vertretenen Parteien nominiert wird
- ExpertInnen der zuständigen Ämter und Abteilungen der Stadt Graz und des Landes Steiermark sowie
- ein/e VertreterIn des Wiener Magistrats, der/die das Modell der als „U-Bahn-Steuer“ bekannten Wiener Dienstgeberabgabe vorstellt.

Ziel ist es, durch das Vor- und Zur-Diskussion-Stellen verschiedener Möglichkeiten und Modelle zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs einen Prozess anzustoßen, der es letztlich möglich macht, auf mittlere oder lange Sicht die Finanzierung wichtiger Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs sicherzustellen.